

LANDTAGSVORSCHAU

Neos ziehen im Landtag Bilanz zur Regierung

Schon vorab übt Neos-Klubobfrau Gamon scharfe Kritik an der Regierung. Beschluss für Nulllohnrunde steht an.

In der morgigen Landtagssitzung geben die Neos das Thema für die Aktuelle Stunde vor und wollen diese einer Bilanz nach einem Jahr Regierungsarbeit der ÖVP-FPÖ-Koalition widmen. Dass dieses Fazit nicht gerade positiv ausfallen dürfte, verrät schon der Titel: „Ein Jahr Schwarz-Blau: Chaos, Stillstand, Vertrauensverlust – Regieren ohne Richtung.“

Neos-Klubobfrau Claudia Gamon übt bereits vorab Kritik in einer Aussendung: „Die Landesregierung hat in einem Jahr



Neos-Klubobfrau Claudia Gamon.

STEURER

nichts vorangebracht. Große Ankündigungen sind folgenlos verpufft – ob bei Verwaltungsreform, Pflege, Wohnen oder Finanzen. Es fehlt an Mut, Konsequenz und Plan.“

Darüber hinaus werden in der Landtagssitzung zwei dringliche Anfragen der SPÖ zu Lech und eine der Grünen zu den Kürzungen im Sozialbereich diskutiert. Außerdem wird die angekündigte Nulllohnrunde für die Landespolitiker beschlossen.

PRESSEKONFERENZ MIT WALLNER UND BITSCHI

Landesbudget 2026 wird heute vorgestellt

Am heutigen Vormittag präsentieren Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) und Landesstatthalter Christof Bitschi (FPÖ) bei einer Pressekonferenz im Landhaus den Voranschlag für das Landesbudget 2026. Gerade in der momentanen Situation mit angespannter Finanzlage wird die Frage, welche Bereiche wie viele Finanzmittel zur Verfügung haben werden, für

großes Interesse sorgen. Indes laden heute auch die Grünen zu einer Pressekonferenz, in der sie Bilanz zu einem Jahr Regierungsarbeit von ÖVP und FPÖ ziehen wollen. Ob der Ankündigung zur Pressekonferenz schob die derzeit stärkste Oppositionskraft ihren Termin nach hinten – wohl, um nach der Budgetpräsentation den Voranschlag zerlegen zu können.

ANFRAGE AN RÜSCHER

Grüne: Einbindung bei Spitalscampus fehlt

Die Kritik an der Spitalsreform reißt nicht ab: Eva Hammerer, Gesundheitssprecherin der Grünen, bringt eine Anfrage an Landesrätin Martina Rüschner (ÖVP) ein. „Die Landesregierung verkauft den Regionalen Strukturplan Gesundheit als partizipativ, doch Ärzte, Fachabteilungen und selbst Primare berichten das Gegenteil“, kritisiert sie. „Wie kann die Landesregierung garantieren, dass die Versorgung der Frauen während der Übergangsphase auf gleichbleibend hohem Niveau erfolgt?“, will Hammerer wissen.



Eva Hammerer (Grüne). HARTINGER

Keine UVP für

Pendelbahn soll Ski-gebiete verbinden.

Bürgermeister ist erfreut über Beschluss, betont aber auch, dass das Projekt noch am Anfang steht.

Von Tobias Holzer

tobias.holzer@neue.at

Können Wintersportler bald zwischen den Ski-gebieten Damüls und Faschina hin- und herpendeln? Was aktuell nur mit dem Pkw möglich ist, könnte in einiger Zeit deutlich unkomplizierter werden: Die beiden Gemeinden Fontanella und Damüls planen nämlich, eine Verbindungsbahn zwischen den Ski-gebieten zu errichten. Das Vorhaben ist ein großes Stück vorangekommen: Wie die Landesregierung vergangene Woche entschied, ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nötig.

Was ist geplant? Kurz zu den Eckdaten: Geplant ist eine „Pen-

Der Blick von Faschina nach Damüls: Bislang sind die beiden Wintersportorte nur durch eine Straße verbunden.

DAMÜLS-FASCHINA TOURISMUS/KEISER



delbahn Drei Wannen“, deren Talstation in Damüls bei der Furka-Sesselbahn liegen soll. Die Bergstation ist in der Nähe der Glatthornbahn-Bergstation in Faschina vorgesehen. Die Gemeinde Fontanella hatte das

LANDESREGIERUNG WILL FÖRDERUNG EINSPAREN

Kinderdorf nach Kürzung von 900.000 Euro besorgt

Ohne Einbußen bei Qualität und Leistungen seien diese Kürzungen nicht tragbar, alarmiert das Vorarlberger Kinderdorf.

Das Vorarlberger Kinderdorf schlägt Alarm: Die Kinderschutteinrichtung sieht sich mit Kürzungen von 900.000 Euro in ambulanten und präventiven Unterstützungsangeboten sowie den Pflegefamilien konfrontiert. Das habe die Landesregierung Ende Oktober per Mail mitgeteilt, hieß es vonseiten des Geschäftsführungs-Duos Simon Burtscher-Mathis und Alexandra Wucher am Montag.

Betroffen sind demnach Angebote für über 2000 Kinder in Vorarlberg. „Entgegen der offiziellen Darstellung der Landesregierung sind diese Tarfkürzungen nicht ohne Einbußen in den Leistungen und der Qualität umsetzbar“, teilt das Vorarlberger Kinderdorf mit. „Durch die Umsetzung dieser Kürzungen wird die Qualität des Kinderschutzes in der Kinder- und Jugendhilfe massiv gefährdet“,